



DER ÜBERSEE-CLUB e.V.



## DR. HANS APEL

Bundesminister der Finanzen

### UNSERE WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSPOLITIK IN DER BEWÄHRUNG

6. MAI 1977



Meine sehr verehrten Damen, meine Herren!

Lassen Sie mich ohne Vorrede gleich mitten ins Thema springen. Wir werden morgen und übermorgen in London auf dem Wirtschaftsgipfel zusammentreten, um eine Reihe von Problemen zu besprechen. Was meinen Bereich anbelangt – die Finanz- und Währungspolitik –, so haben wir aufgrund der sehr gründlichen Vorarbeit heute vor einer Woche in Washington bei der Sitzung des Währungsausschusses die Probleme in etwa so sortiert, daß ich nun keine zentralen Schwierigkeiten mehr sehe. Die Währungspolitik beschäftigt uns ja weiterhin.

Ist es doch keineswegs so, daß die Schwierigkeiten, die die Ölpreisexplosion verursacht hat, bereits völlig überwunden sind. Wir in unserem Lande haben, wenn wir einmal von den ökonomischen Problemen der Arbeitslosigkeit und dem mangelnden Vertrauen, über das noch zu sprechen sein wird, absehen, manchmal das Gefühl, als gäbe es diese weltweiten Ungleichgewichte nicht mehr. Wir haben nicht nur in den letzten Jahren ständig Leistungsbilanzüberschüsse gehabt – Gott sei Dank rückläufige Leistungsbilanzüberschüsse –, sondern wir haben es auch verstanden, die Ölpreisexplosion, die uns getroffen hat, in unseren Exportpreisen weiterzugeben. Aber eine ganze Reihe unserer Handelspartner sind eben nicht in der gleichen glücklichen Situation. Deswegen war es von größter Bedeutung, daß wir heute vor einer Woche in Washington in der Lage waren, die Finanzierung dieser Zahlungsbilanzdefizite, allerdings konditioniert mit wirtschaftspolitischen Auflagen des Fonds, voranzubringen und mehr über offizielle Kanäle zu leiten.

Zwar sehe ich als der Minister, der auch für die Banken zuständig ist, keine aktuellen Probleme für das private Bankensystem. Aber ich glaube, meine Damen, meine Herren, wir dürfen nicht übersehen, daß die Aufgabe, die die Banken in der internationalen Finanzierung übernehmen können, auch begrenzt ist. Und das trifft auch für Großbanken zu. Insofern ist es wichtig gewesen, daß im Währungsfonds Schritte eingeleitet wurden, die öffentliche Finanzierung dieser Zahlungsbilanzdefizite mit möglich zu machen.

Nun gäbe es natürlich – das waren auch Antrag und Wunsch einer ganzen Reihe von Mitgliedsländern – ein sehr probates Mittel: Man schafft eine neue internationale Liquidität – das Ganze nennt sich Sonderziehungsrechte – und deckt damit die Probleme zu. Nur, meine sehr verehrten Damen, meine Herren, dieses haben wir abgelehnt und werden es mit aller Entschiedenheit auch weiter ablehnen. Denn wir haben nicht zu wenig Liquidität und nicht zu wenig Inflationspotential in der Welt, sondern eher zu viel Inflationspotential und zu viel Liquidität. Deshalb nimmt hier die Bundesrepublik zusammen mit einigen Partnern auch aus der EWG eine ganz feste Position ein. Wenn es darum geht, währungspolitische Hilfen zu geben, dann über ein echtes Recycling, über das Bereitstellen vorhandener Liquidität, die nicht geschöpft, sondern lediglich bereitgestellt wird.

Wir werden, denke ich, bei der nächsten Tagung im September auf zwei Ebenen einen Schritt vorankommen. Wir wollen eine neue Sonderfazilität – eine neue Kreditlinie, wenn Sie so wollen – schaffen. Sie soll den einzelnen notleidenden Industrielanden, europäischen Nachbarn – ich denke hier an südliche Länder auf der Iberischen Halbinsel –, aber auch den Entwicklungsländern die Möglichkeit geben, auf diese Fazilität zu ziehen. Bedingung: Es werden wirtschaftspolitische Auflagen akzeptiert; denn Hilfe kann immer nur Hilfe zur Selbsthilfe sein.

Die Frage, die offen ist, ist die: Wie wird diese Fazilität finanziert? Wir stehen mit der Deutschen Bundesbank auf dem Standpunkt, daß 50 Prozent dieser neuen Fazilität von den ölexportierenden Ländern aufzubringen sind, bei denen sich die Devisenreserven ansammeln, d. h. von jenen, die zu einem guten Teil mitverantwortlich sind für die Turbulenzen in der Weltwirtschaft. Wir haben in einer ganzen Reihe von Gesprächen die Bereitschaft dieser Länder gespürt, sich an dieser Fazilität zu beteiligen; denn immerhin ist der Internationale Währungsfonds eine gute Adresse. Zudem ist bei marktnahen Zinsen die Anlage durchaus ertragreich. Wir wollen diese Anlage außerdem – soweit es geht – liquide halten, wollen sie notfalls, wenn erforderlich, liquidisierbar machen. Die andere Hälfte dieser neuen Fazilität – und sie muß schon einige Milliarden Dollar umfassen, wenn sie einen Sinn haben soll – muß natürlich von den Industrieländern aufgebracht werden. Dazu sind aber nur einige wenige bereit und in der Lage, die Bundesrepublik, Japan, die USA, die Schweiz und die Niederlande. Möglicherweise kommen noch ein paar andere Länder dazu, aber der geschäftsführende Direktor des Währungsfonds, Herr Witteveen, hat Engagements bisher nur von diesen Ländern. Wir werden uns sicherlich daran beteiligen, denn mir scheint es klüger zu sein, multilateral unsere Devisenreserven einzusetzen, als bilaterale Aktionen zu wiederholen. Gläubiger sind nie beliebt, Gläubiger können in einem bilateralen Verhältnis keine wirtschaftspolitischen Auflagen unterbringen, und zudem entspricht die Multilateralität unserer angeborenen deutschen Bescheidenheit.

Ich denke also, daß wir auf diesem Wege vorankommen. Ich denke auch, daß wir in der Lage sein werden, in den nächsten Monaten einen wesentlichen Schritt zu tun. Ich betone nochmals: Das ist natürlich nur Hilfe zur Selbsthilfe; denn wenn die Länder, die in Anpassungsprozessen begriffen sind und ihre Zahlungsbilanzprobleme regeln müssen, wegen fehlender Devisenreserven zu scharf eingreifen müssen, dann kann das am Ende nur im Protektionismus enden. Und Protektionismus ist der Anfang vom Ende. Wenn wir uns vor Augen führen, daß unsere Industrie einschließlich der Zulieferungen zu 40 Prozent vom Export lebt, dann ist diese Hilfe auch für uns Hilfe zur Selbsthilfe.

Wir wollen im übrigen – aber damit will ich Sie nicht langweilen – insgesamt die Ziehungsrechte auf den Fonds erhöhen in einer Größenordnung, die zwischen 25 und 30 Prozent liegt. Sie sehen also, hier bewegt sich etwas. Solidarität in der

Währungs- und in der Finanzpolitik ist kein Schlagwort, sondern etwas, was wir täglich praktizieren. Hier ist das Feld gut bestellt. Der neue amerikanische Finanzminister und ich haben in vielen Stunden die Themen, die zur Debatte stehen, durchgesprochen. Deshalb denke ich, daß wir morgen und übermorgen diese Themen relativ problemlos bewältigen.

Mit dieser Bemerkung wird deutlich, daß deutsche Währungspolitik ein wesentliches Element internationaler Politik ist. Unsere Politik ist nicht mehr Erwartungs-, sondern Aktions-Parameter, den wir selbst bestimmen. Das gilt natürlich auch für unsere Wirtschaftspolitik. Darüber werden wir morgen und übermorgen zu reden haben. Wir werden dann auch unsere Wirtschafts- und Konjunkturpolitik darzustellen und zu vertreten haben. Mit einem gewissen Recht wird von uns erwartet, daß wir alles in unseren Kräften Stehende tun, um nicht nur in unserem Lande, sondern weltweit die Konjunktur anzukurbeln. Mit einer bestimmten Zahl werden wir rechnen müssen: Steigt das Bruttonsozialprodukt in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund einer autonomen Politik der Regierung, der Unternehmer, der Wirtschaft um ein Prozent, dann erhöht es sich in Westeuropa um 0,3 Prozent. Sie sehen also, daß eine zentrale Verantwortung für die Konjunkturlage in Europa bei uns selbst liegt. Insofern schaut man auf uns, erwartet man von uns Maßnahmen und wird uns danach fragen.

Wir können allerdings mit einem sehr guten Gewissen und einem sehr guten Gefühl zum Gipfel fahren. Dank unserer Konjunkturpolitik haben wir in dem schwierigen Jahr 1975, in dem der Welthandel real um zehn Prozent zurückging, die Importe real um fast drei Prozent erhöht. Diese Entwicklung ist im Laufe des Jahres 1976 weitergegangen, sie setzt sich auch im Jahre 1977 fort, so daß unser Leistungsbilanzüberschuß weiter zurückgeht.

Die folgende Fußnote werden wir morgen vortragen: Wir haben unsere Importe aus den Nichtölentwicklungsländern in den ersten Monaten dieses Jahres um fast ein Drittel erhöht. Demgegenüber ist unser Außenhandelsüberschuß mit einigen hochinflationären europäischen Nachbarländern in den letzten Monaten kräftig gestiegen. Daraus ist die Lehre zu ziehen, daß Inflation nicht nur für jede Gesellschaft und die Abwertung einer Währung nicht nur für die eigene Stabilitätspolitik Gift ist, sondern daß Inflation, meine sehr verehrten Damen und Herren, Gift ist für die Möglichkeit, im Wettbewerb international zu bestehen. Deswegen bleibt für uns der Kampf gegen die Inflation oberstes Gebot. Wir werden uns von niemandem zu Maßnahmen drängen lassen, die die Stabilität in unserem Lande gefährden könnten, weil das niemandem nutzt, am wenigsten uns selbst.

Wenn es anders wäre, dann müßten die Länder mit den kräftigsten Inflationsraten diejenigen sein, die auch bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit am weitesten vorangekommen sind. Genau umgekehrt ist es richtig. Damit wird deutlich, daß sich Stabilitätspolitik auch auf die Gewinnung einer hohen Beschäftigung positiv auswirkt.

Dennoch wird man uns die Frage stellen: Was könnt ihr noch zusätzlich tun? Wir müssen in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam machen, daß wir dank einer massiven antizyklischen Politik – viele Milliarden DM Konjunkturprogramme, ein neues Infrastrukturprogramm, das wir heute in einer Sitzung der Ministerpräsidenten der Länder mit dem Bundeskanzler endgültig unter Dach und Fach gebracht haben – zusätzliche Impulse geben. Dies hat dazu geführt, daß die öffentlichen Gebietskörperschaften ein Haushaltsdefizit aufweisen, das, am internationalen Maßstab gemessen, sehr hoch ist. Die Nettokreditaufnahme zur Finanzierung der Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden wird in diesem Jahr vier Prozent des Bruttonsozialprodukts ausmachen. Das hört sich wenig an, aber ich möchte Ihnen eine Vergleichszahl geben: Alle Gebietskörperschaften in den USA brauchen in diesem Jahr 2,5 Prozent, um ihre Haushalte zu finanzieren. Da sind also Grenzen gesetzt. Ich füge hinzu: Wer meint – und es gibt ja Gutachter, die in der letzten Zeit behaupteten, wir sollten mit der Konsolidierung mal „halblang“ machen –, wir könnten die öffentlichen Defizite beliebig ausweiten, der übersieht das Folgende:

Die öffentlichen Finanzen sind nicht wie ein Wasserhahn auf- und abzudrehen. Infrastrukturprogramme laufen aus. Aber wer uns zum Beispiel empfiehlt, den öffentlichen Dienst beträchtlich auszuweiten, um Arbeitslose aufzunehmen, der muß wissen,

daß wir damit ein bleibendes Defizitproblem schaffen und wir Gefahr laufen, unsere eigene finanzpolitische Zukunft zu vernageln. Was nützte uns außerdem eine massive antizyklische Politik, wenn sie zu Zinssteigerungen führte? Denn eine Zinssteigerung um einen Prozentpunkt bedeutet für die Wirtschaft in unserem Lande brutto fünf, netto drei Milliarden DM Mehrkosten. Bleiben wir bei der Nettorechnung. Diese drei Milliarden DM, hervorgerufen durch eine Zinssteigerung von einem Prozentpunkt, sind genau 200 Prozent der von uns beabsichtigten Senkung der Vermögensteuer. Damit wird die Größenordnung klar. Deshalb müssen wir in unserer Wirtschaft, wenn es irgendwie geht, diesen Zinssenkungstrend beibehalten und stützen. Im übrigen werden wir alles prüfen, worüber debattiert wird: Angefangen vom 10. Schuljahr über eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit bis hin zu anderen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.

Nur eines, meine Damen und Herren, werde ich auf keinen Fall akzeptieren: eine Politik, die das Wirtschaftswachstum gegen Null dreht. Es geht nicht um ein Nullwachstum, sondern es geht darum, in unserem Lande ein möglichst anhaltendes Wirtschaftswachstum zu erzielen und so die Investitionsfähigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft zu erhalten und zu stärken. Alle, die etwas anderes sagen, treiben den Teufel mit dem Beelzebub aus und werden uns in kürzester Zeit in noch viel schwierigere Probleme hineinmanövrieren. Wir befinden uns in einem internationalen Wettbewerb. Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft muß deshalb erhalten bleiben.

Wir haben einige Bemerkungen über die Krisenanfälligkeit unseres Landes gehört, über die Fragen, wie wir denn eigentlich eine tiefe Krise durchlaufen könnten, ob die demokratischen Institutionen in einem solchen Falle halten würden. Ich will einige Minuten auf diese Fragen verwenden, weil ich mich seit Monaten damit beschäftige. Die Fünfzig- oder Sechzigjährigen – das merke ich auch in den Betrieben, wenn ich mit Gewerkschafts-Kollegen rede – sind eigentlich daran gewöhnt, daß es auf und ab geht. Das sind diejenigen, die handfest dastehen und sagen: Wir haben die dreißiger Jahre miterlebt; wir wissen, daß es nicht immer nach oben geht; wir krempeln die Ärmel auf, wir schaffen es schon.

Für meine Generation kann ich behaupten, daß ähnliches für uns gilt. Ich weiß sehr genau, wie es nach 1945 war, als mein Vater aus dem Krieg zurückkam. Weil er ein kleiner Nazi gewesen war, durfte er nicht in seinen Beruf zurück, sondern mußte im Hamburger Hafen als Lagerarbeiter tätig sein. Er hat dies alles in dem Bewußtsein auf sich genommen, auch Buße tun zu müssen – selbst ohne eigenes Verschulden – für eine falsche politische Entscheidung. Ich habe gesehen, wie die Ärmel aufgekrempelt wurden. Ich weiß auch noch, wie ich im Jahre 1951 von Tür zu Tür laufen mußte, um eine Lehrstelle zu bekommen, und wie froh ich war, als ich schließlich eine bekam. Wir, glaube ich, sind auch noch standfest genug, zu wissen, daß es nicht immer nach oben und immer weiter gehen kann.

Ich frage mich allerdings manchmal, ob wir versäumt haben, dieses Bewußtsein unseren Kindern zu vermitteln. Ob wir nicht versäumt haben, unseren Kindern deutlich zu machen, daß der Himmel auf Erden so schnell nicht zu erreichen ist. Zwar bin ich davon überzeugt, daß wir das Wirtschaftswachstum erhalten. Ich bin auch fest entschlossen, alles in meinen Kräften Stehende zu tun, um es zu stabilisieren. Aber eines wissen wir, wenn wir ehrlich miteinander sind, sehr genau: gewisse Perioden deutscher Wirtschaftsgeschichte gehen ihrem Ende entgegen. Selbst ein hohes Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung in unserem Lande werden uns nicht davor bewahren, einen zunehmend größeren Teil unseres Sozialproduktes denen zu geben, auf deren Rohstoffe und Öl wir angewiesen sind. Ich will hier allerdings gleich die folgende politische Bemerkung anschließen: Wir werden auf diesem Gipfel – und damit bin ich im Geiste schon wieder in London – als Industrienation eine Position finden müssen, die unseren Partnern das Folgende in aller Deutlichkeit sagt:

1. Wir sind bereit zum Nord-Süd-Dialog. Wir sind bereit, diesen – wie man das nennt – Ressourcentransfer vorzunehmen. Wir sind bereit, zu helfen. Wir wissen, daß dieses eine Welt ist, die sich nicht teilen läßt. Aber wenn die Wünsche und Forderungen so forciert werden, daß die leistungsfähigen Industrieländer in

Schwierigkeiten, in Not und Elend geraten, wer soll dann eigentlich helfen? Ich glaube, das ist der richtige Ansatz. Wir müssen unseren Partnern Selbstbewußtsein demonstrieren, Selbstbewußtsein und Bereitschaft zur Hilfe. Wir müssen ihnen klarmachen, daß eine erneute Vervielfachung der Rohölpreise oder eine Explosion der Rohstoffpreise am Ende nur Chaos erzeugen, aber nicht die Probleme, lösen kann.

2. Wir müssen unseren Kollegen aus der Dritten und Vierten Welt sagen, daß die Probleme, die diese Welt hat, nicht durch Dirigismus zu lösen sind. Es ist doch ein Irrtum zu meinen, man könne auf Dauer gegen den Markt und gegen die Marktkräfte produzieren oder Politik machen. In Anbetracht der europäischen Agrarpolitik wird doch überdeutlich, wie schnell man mit einer Politik gegen den Markt verheerende Konsequenzen auslösen kann.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Draußen in der Welt begreift man nicht, worin die deutsche Malaise eigentlich liegt. Dennoch bleibt uns nicht erspart, in diesem Lande Probleme zu lösen, auch wenn wir weltweit in eine Gemeinschaft eingebettet sind, aus der wir nicht ausbrechen können.

Was ich mir wünsche, ist folgendes: Wir sollten bei aller Notwendigkeit des Parteienstreits, bei aller Notwendigkeit, im Föderalismus die Interessen gegeneinander zu vertreten – und das werden wir, wenn wir über das Steuerpaket zu sprechen haben, noch gründlich tun –, bei aller Notwendigkeit, in Bonn, in Hamburg und anderswo um die politische Macht zu streiten, eine Tatsache nicht vergessen: daß nämlich die Weimarer Republik unter anderem daran gescheitert ist, daß die Parteien der Mitte – und zu denen kann das politische Spektrum in Bonn Gott sei Dank gezählt werden – simple Grundsätze des fairen Miteinanders und Füreinanders übersehen haben. Lassen Sie uns um Gottes willen, meine Damen und Herren, diese Lehre nicht vergessen. Lassen Sie uns auch nicht vergessen, daß dieses Land groß geworden ist in der Partnerschaft der Gewerkschaften mit den Unternehmern. Diese Partnerschaft, dieses Miteinander, Füreinander ist das, was das Modell Deutschland als einen dritten Weg der Zukunftsgestaltung auszeichnet.

Mein Wunsch ist, daß wir uns heute, an diesem traditionellen Tage, auf dieses Gemeinsame besinnen. Wir wissen, daß wir es nur gemeinsam geschafft haben. Wir sollten uns vornehmen, dieses der Jugend zu vermitteln, und wir sollten ansonsten – morgen und übermorgen und in den nächsten Jahren – selbstbewußt unsere deutsche Position verteidigen. Aber wir sollten auch wissen, daß uns nur die Solidarität mit unseren Nachbarn hilft, ihre und unsere Probleme zu bewältigen.

